

Demokratie, Populismus und politische Moral

Von Dieter Grillmayer, 18. Mai 2016

Auch in diesem Kapitel geht es mir um die Klärung der Inhalte von Begriffen und Positionen, welche in der politischen Diskussion laufend vorkommen. Mag sein, dass insbesondere den Gegnern der Freiheitlichen eine begriffliche Unschärfe gelegentlich ganz Recht ist, weil das ein hemmungsloses Polemisieren erlaubt. Als ein den Gedanken der Aufklärung verpflichteter Mensch gehört es zu meinen Lieblingsbeschäftigungen, den *Gegenaufklärern*, wie der deutsche Informatiker Karl Steinbuch in seinem Buch „Falsch programmiert“ die Apostel der Neuen Linken schon 1970 genannt hat, den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Demokratie und Rechtsstaat

Ein gedeihliches Zusammenleben der Menschen verlangt nach verbindlichen Regeln und nach einem Verfahren, wie solche Regeln zustandekommen. Das Verfahren der Abstimmung, bei dem jeder Stimme dasselbe Gewicht zukommt, ist konstitutiv für eine Demokratie. Die Mehrheit entscheidet, was geschehen soll; ist die Entscheidung gefallen, dann gilt sie für alle. Dieses Rechtsstaatsprinzip dient insbesondere der persönlichen Rechtssicherheit und die Einhaltung der Gesetze muss von der Staatsmacht, und nur von dieser, auch erzwungen werden können (Gewaltmonopol). Ziviler Ungehorsam ist in diesem Lichte zu sehen.

Zwei Beispiele: Der ehemalige österr. Außenminister Dr. Willibald Pahr hat schon vor 23 Jahren (in den „EVLÖ-Mitteilungen“ Nr. 54/55 aus 1993) zu Bürgerprotesten gegen die Abschiebung von Illegalen gemeint: *Es gibt immer wieder den Einwand, dass man aus humanitären Gründen einen Einwanderer nicht zur Rückkehr zwingen sollte. Ich glaube, wir leben in einem Rechtsstaat, und wer sich illegal in Österreich aufhält, ist ein Rechtsbrecher. Zum Wesen eines Rechtsstaates gehört die Durchsetzung des Rechts. Wer für die Durchsetzung des Rechts nicht sorgt (oder sich ihr widersetzt), der ist ein Totengräber des Rechtsstaates.* Und Dr. Kurt Scholz, ehemals untadeliger Präsident des Wiener Stadtschulrates, drückte (in „Die Presse“ vom 24. April 2002) sein Bedauern über ein Opfer der Staatsmacht wie folgt aus: *Dass ein grüner Abgeordneter einen Fußtritt bekommen haben soll, ist traurig. Der Mann sollte uns dauern. Die Polizei reagiert manchmal so komisch, wenn sie gerade mit Pflastersteinen beworfen wird.*

Alle Entscheidungen auf direktdemokratischem Weg zu treffen ist nur in kleinen Wahlkörpern möglich; die wenigen Ausnahmen sind Geschichte, etwa das von 930 bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts in Island bestehende Althing als Versammlung aller waffentragenden Männer. (Heute ist Althing der Name des isländischen Parlaments.) In der Parlamentarischen Demokratie delegiert das Wahlvolk Entscheidungen an die von ihm gewählten Volksvertreter. Das schließt aber nicht aus, dass bestimmte Entscheidungen auch direktdemokratisch getroffen werden können, wie z. B. in Österreich die Wahl des Bundespräsidenten.

Die Mehrheit kann sich irren oder irre geführt worden sein, die Entscheidung kann also falsch sein. Trotzdem gilt sie und kann rechtens nur mittels einer neuen Abstimmung oder durch ein höchstgerichtliches Urteil geändert bzw. aufgehoben werden. Sir Karl Popper sagte zu diesem Thema sinngemäß: Demokratie kann nicht gewährleisten, dass immer die besten Leute regieren und dass immer das Richtige geschieht, aber sie ist die einzige Staatsform, in der ein Machtwechsel und Kurskorrekturen auf friedlichem Weg möglich sind. Und von Winston Churchill (1874 – 1965) stammt das Zitat: *Demokratie ist schlecht, aber ich kenne nichts Besseres.*

Gäbe es den „idealen Diktator“ oder den „unfehlbaren Weisenrat“, dann wäre solche Herrschaft der Demokratie vorzuziehen. Beides gibt es aber nicht, weil Unvollkommenheit und Fehlbarkeit in der

Natur des Menschen – jedes Menschen – liegen. Allein daraus – und nicht wegen ihrer Qualität – bezieht die Demokratie ihre Vorzugsstellung gegenüber allen anderen Herrschaftsformen. Qualität hat sie allenfalls dann, wenn in ihr Mehrheitsentscheidungen nur die ultima ratio darstellen, nachdem alle Versuche, zu einvernehmlichen Lösungen zu kommen, gescheitert sind. Ein weiterer Parameter für die Qualität einer Demokratie ist die Qualität ihrer Volksvertreter.

Der mündige Bürger

Die Demokratie erreichte im alten Griechenland vor zweieinhalb Jahrtausenden (für kurze Zeit) eine erste Blüte. Von Perikles (500 – 429 v. Chr.) ist der Spruch überliefert: *Wir sehen in dem, der an öffentlichen Dingen keinen Anteil hat, nicht einen ruhigen Bürger, sondern einen unnützen Menschen.* Perikles sagt damit, Demokratie brauche möglichst viele politisch interessierte, aufgeklärte und kritische Bürger, die dann als Wähler auch bewusst ihre Stimme abgeben – mehr noch: Ohne diese Voraussetzung „funktioniere“ Demokratie nicht. Die Frage nach den notwendigen Randbedingungen für das Funktionieren von Demokratie ist allerdings politisch inkorrekt, weil für die politisch Korrekten die Demokratie ein Wert an sich ist.

Selbstverständlich kann man aus guten Gründen verschiedener Meinung sein und verschiedenen Parteien oder Politikern das Vertrauen schenken, aber eben aus guten Gründen, die möglichst auf der Originalität des eigenen Denkens und eigenen Erfahrungen beruhen, also weder Zufallsprodukte noch das Ergebnis einer Massenhysterie sind.

Für das Funktionieren von Demokratie ist also ausschlaggebend, dass die Wähler über Politik informiert und an Politik interessiert sind, dass sie ein gutes Gedächtnis haben, und dass es andererseits ein ausreichendes Angebot an sachkompetenten und dem Gemeinwohl verpflichteten Politikern gibt. Denn nur dann werden Machtkontrolle und Machtwechsel so vor sich gehen, wie es die Theorie vorsieht.

Im Gegensatz zu Perikles billigen wir heutzutage aber jedem Bürger die Freiheit zu, sich aus den öffentlichen Dingen herauszuhalten und nur seinen privaten Interessen nachzugehen. Aber ein solcher Mensch dürfte dann auch nicht wählen gehen. Uninformiert, wie er ist, ist seine Stimme nämlich eine Zufallsvariable, daher weder eine Antwort auf die Vergangenheit noch ein Signal in die Zukunft. Der von Popper als einziges Positivum der Demokratie geortete Korrektoreffekt geht somit verloren.

Als Lehrer habe ich es immer zu meinen wichtigsten Aufgaben gezählt, den oben genannten Bewusstseinsprozess zu fördern, wobei ich auch davon ausgegangen bin, dass die Beschäftigung mit Mathematik logisches Denken und sicheres Entscheiden fördert und damit einen wertvollen Beitrag zur politischen Mündigkeit leistet. Außerdem habe ich eine intensive staatsbürgerliche Erziehung, weniger eine oftmals dubiose „politische Bildung“, als Unterrichtsfach mehrmals angemahnt. Denn das selbständige Urteilen setzt ein Wissen um politische Zusammenhänge (Staat, Gesellschaft, Wirtschaft, usw.) voraus, dessen Vermittlung an den Schulen entweder vernachlässigt wird oder wenig Wirkung zeigt. Scurrile Antworten bei diesbezüglichen Befragungen legen dafür Zeugnis ab.

Leider hat sich in mir mit zunehmendem Alter der Eindruck verstärkt, dass in nahezu allen Demokratien nur eine Minderheit politisch mündig ist. Die Mehrheit ist als Wähler viel eher durch Emotionalisierung und/oder durch Versprechungen hinsichtlich eines persönlichen Vorteils (oder der Abwehr von Nachteilen) zu gewinnen. *Wahlen werden nicht durch Ideologien, sondern durch das Aufbereiten von Stimmungen gewonnen*, das diagnostizierte Norbert Gugerbauer nach dem FPÖ-Wahlerfolg von 1986. Und Richard Nimmerrichter („Staberl“) meine einmal: *Man soll eine*

politische Partei nicht als Hort der Ideologie ansehen, sondern nur als Anwalt materieller Interessen. Lauter Tiefschläge für einen gläubigen Demokraten.

Daher ist es auch nicht abwegig, Volksbefragungen und deren Resultate in Sachfragen kritisch zu beurteilen und direktdemokratische Entscheidungen möglichst auf Personalentscheidungen beschränkt sehen zu wollen. Das gilt sowohl bei den Gebietskörperschaften als auch auf Parteiebene. Wer das Vertrauen der Mehrheit gewonnen hat, der möge (auf beschränkte Zeit) regieren und nicht bei jeder Gelegenheit nachfragen müssen, ob er dieses oder jenes auch wirklich tun darf. Die zeitgeistige Forderung, das demokratische Prinzip müsse alle Bereiche der Gesellschaft durchdringen, ist eine Absage an Verantwortlichkeit und Kompetenz. Wer solches im Geiste der Aufklärung fordert, der hat diesen Geist gründlich missverstanden.

Parteipolitik und Populismus

Die Qualität der Volksvertreter ist schon angesprochen worden; sie ist für die Qualität von parlamentarischen Entscheidungen maßgeblich. In der Regel kommen die von den Parteien nominierten Kandidaten aus deren Umfeld und besteht daher bei den Volksvertretern einer Partei eine gewisse Grundübereinstimmung hinsichtlich Welt- und Menschenbild, aber vor allem natürlich hinsichtlich der im Parteiprogramm festgelegten Prinzipien und Zielsetzungen. (Von der Parteitradition völlig „unbelastete“ Quereinsteiger sind nicht unbedingt ein Gewinn, wie sich z. B. in der Haider-FPÖ gezeigt hat. Seit 2005 kommt die freiheitliche Politik wohl auch deswegen so gut voran, weil sie auf solche Quereinsteiger weitgehend verzichtet.)

Eine politische Partei ist umso erfolgreicher, je besser es ihr gelingt, die in ihr aus Tradition und aktuellem Bedürfnis vorhandenen Vorstellungen zu kommunizieren und umzusetzen. Dazu ist eine Teilhabe an Regierungsverantwortung die bestmögliche Voraussetzung, was wiederum einen wohl dosierten Pragmatismus und eine grundsätzliche Bereitschaft erforderlich macht, auch einmal einen Kompromiss einzugehen. Das gilt sogar für Parteien, die sich im Parlament auf eine absolute Mehrheit stützen können, ja selbst in autoritären Systemen, weil hier das Mögliche immer noch von Außenfaktoren, etwa supranationalen Verträgen und Wirtschaftsbeziehungen oder ganz pauschal von den internationalen Machtverhältnissen bestimmt wird.

Wenn es so etwas wie eine eigenständige Parteiidentität nicht gibt oder wenn diese verloren gegangen ist, dann ist die Versuchung groß, Parteipolitik auf Stimmenmaximierung zu beschränken und die Verantwortung für das Ganze aus dem Blick zu verlieren. Wer so handelt und Wähler belügt, indem er ihnen die Umsetzbarkeit unerreichbarer Ziele vorgaukelt oder Unsinniges als erstrebenswert anpreist, der handelt „populistisch“ in dem von mir präferierten negativen Sinn und der stellt damit das ganze demokratische System in Frage.

Man kann aber Populismus auch positiv definieren, nämlich als Bereitschaft, das zu fordern und nach Möglichkeit umzusetzen, was das Wahlvolk mehrheitlich will. Der legendäre SPÖ-nahe Journalist Günther Nennung hat sich mehrmals in diesem Sinne geäußert. Der ehemalige FPÖ-Obmann und Grazer Bürgermeister DDR. Alexander Götz erteilte aber auch dieser Form von Populismus eine klare Absage, indem er (in der Festschrift „Meilensteine des Aufstiegs – 35 Jahre FPÖ“ aus dem Jahr 1991) feststellte: *„In meiner politisch aktiven Zeit habe ich in zahllosen Reden darauf hingewiesen, dass man aus Ergebnissen von Meinungsumfragen kein politisches Programm machen kann. Der wesentlich höhere Informationsstand und der hoffentlich vorhandene Blick für größere Zusammenhänge zwingt den Politiker, wenn er den Namen verdient, das Notwendige zu tun, was fast immer nicht dem Tageswunsch einer Mehrheit entsprechen wird.“*

Sonach wird man alle Forderungen und Wahlversprechen abwertend als „populistisch“ bezeichnen dürfen, die nur auf aktuelle Anlässe und Stimmungslagen abstellen, die allein dem Stimmenfang

dienen, die in der Parteigeschichte und im Grundsatzprogramm indes nicht verankert, vielleicht sogar dagegen gerichtet sind. In Zeiten, wo ÖVP oder SPÖ in Opposition waren, haben beide Parteien tendentiell populistisch agiert; dem Oppositionsführer Alfred Gusenbauer ist sein Populismus dann als Bundeskanzler auf den Kopf gefallen.

Ein sehr gutes Beispiel für Populismus ist der Schwenk Jörg Haiders und seiner Anhängerschaft im Sommer 2002 in das Lager der Eurofighter-Gegner, nachdem ein Volksbegehren gegen den Abfangjägerkauf mit über 600.000 Unterstützern relativ erfolgreich war. Denn die Landesverteidigung und damit auch die Luftüberwachung hatten in der FPÖ immer einen hohen Stellenwert, der Grundsatzbeschluss für den Kauf war schon in der seinerzeitigen SPÖ-FPÖ-Koalition gefallen und die Typenentscheidung stand zu Recht der Regierung zu. Noch dazu war diese paritätisch schwarz-blau besetzt mit einem FPÖ-Minister als zuständigem Ressortchef.

Das auffälligste Beispiel für Haider'schen Populismus war allerdings sein radikaler Kurswechsel in der freiheitlichen Europapolitik vor der EU-Volksabstimmung von 1994, wie er in „National und Liberal“, Seite 253 ff. beschrieben ist. Seit ihrer Gründung war die FPÖ für die Teilnahme Österreichs an der europäischen Integration und ihren Institutionen eingetreten, und nun, da der Weg für den Beitritt endlich frei war, sollte sie sich davon distanzieren. Insbesondere Norbert Gugerbauer hatte sich einer Richtungsänderung widersetzt, solange er in der Partei noch etwas zu sagen hatte. Kaschiert wurde der Schwenk mit der Begründung, die Europäische Union (EU) unterscheide sich merklich von der vormaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bzw. Europäischen Gemeinschaft (EG). So falsch war das zwar nicht, die damals vorgebrachten Argumente waren es hingegen schon. In Wirklichkeit ging es Haider nur darum, den Regierungsparteien SPÖ und ÖVP eine Niederlage zu bereiten.

Aus der Sicht von 2016 ist allerdings folgende Ergänzung angebracht: Umsichtige Politiker haben unter großen Anstrengungen eine europäische Einigung zustande gebracht. Diese hat in der EU eine Ausformung gefunden, die schon deswegen zu akzeptieren ist, weil wir keine bessere haben. Umsicht und Einsicht haben bei der Weiterentwicklung der EU im neuen Jahrtausend allerdings sehr gelitten. Massiv zu kritisieren sind Fehlentwicklungen, angefangen mit der Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten über die Vergemeinschaftung der Schulden bankrotter Mitglieder bis zu einer fragwürdigen EU-Außenpolitik, vor allem, was das Verhältnis zu Russland betrifft.

Zum Thema „Einmischung“ stellten die Sanktionen gegen Österreich im Jahr 2000 eine erste herausragende Fehlleistung dar und haben hierzulande die EU-Skepsis massiv gefördert. Seit 2010 ist vor allem die dauernde Nörgelei an Ungarn und an seinem durch laufende Wahlerfolge demokratisch bestens legitimierten Ministerpräsidenten Viktor Orbán ein großes Ärgernis. (Für – vermutete – Rechtsverletzungen ist einzig und allein der EuGH zuständig.) Ebenso inakzeptabel sind die von Brüssel und dem EU-Parlament in Straßburg schon mehrmals lancierten Versuche, die Gesellschaftspolitik der EU-Staaten in sensiblen Bereichen zu vereinheitlichen. Wer die Europäische Union auf diesem Weg weiterbringen will, der gräbt ihr das Grab.

Nach der zuvor definierten Bedeutung ist Populismus das falsche Wort, wenn eine Partei die aufgrund ihrer Tradition und ihres Parteiprogrammes zu erwartende Haltung auch in ihre Politik zu aktuellen Themen einfließen lässt. Die national-liberale Gesinnungsgemeinschaft befürwortet seit 200 Jahren den demokratisch organisierten Nationalstaat, in dem innerhalb der staatlichen Grenzen eine weitgehende kulturelle Übereinstimmung gegeben ist, und zwar aus nachvollziehbar rationalen Beweggründen. Sie ist daher in voller Übereinstimmung mit sich selbst, wenn sie Tendenzen und deren Befürwortern entgegentritt, die offensichtlich auf die Verwirklichung einer Multikulturellen Gesellschaft aus sind. Die freiheitliche Politik trägt dem Rechnung und hat mit einem rein

wahltaktisch motivierten Populismus nichts zu tun. Umso besser natürlich, wenn die Parteilinie mit den im Wahlvolk vorhandenen Wünschen weitgehend übereinstimmt.

Daher ist „rechtspopulistisch“ ein – zu Diffamierungszwecken – quer durch Europa völlig falsch gewähltes Attribut für die in der Nach-Haider-Ära von den Freiheitlichen vertretene politische Linie, weil diese vorrangig nicht Stimmenmaximierung, sondern die Durchsetzung der traditionellen vernunftorientierten und verantwortungsbewussten Politik zum Ziel hat. Und „rechts“ ist per se ebensowenig anstößig wie „links“, eher das Gegenteil, wie der englische Spruch „Right is right and left is wrong“ zum Ausdruck bringt.

Verantwortungs- und Gesinnungsethik

Nicht von ungefähr gab Max Weber seinem Vortrag von 1919, in dem er auf diese zwei Kategorien von Ethik hinwies, den Titel „Politik als Beruf“. Steht bei Ersterer die Frage nach der Verantwortbarkeit der Folgen einer Entscheidung im Vordergrund, lässt Letztere die persönliche politische oder religiöse Überzeugung als einziges Kriterium zu. Auch an diesen beiden Begriffen lassen sich „rechte“ und „linke“ Politik ganz gut festmachen

Geschichtskundige wissen um die Katastrophen Bescheid, die durch Vertreter der „reinen Lehre“ verursacht worden sind. Vielleicht ist das auch der Grund dafür, dass Gesinnungsethiker in der Regel mit Geschichte wenig „am Hut“ haben, diese gern als eine kontinuierliche Folge von Irrtümern abtun, denen nun endlich die „richtigen“ Lösungen entgegengesetzt werden müssen. Verantwortungsethiker haben es vergleichsweise schwerer, im öffentlichen Bewusstsein als moralische Instanz wahrgenommen zu werden. Österreichs bekanntester Mathematik-Didaktiker Univ.-Prof. Dr. Rudolf Taschner hat in einem seiner scharfsinnigen Kommentare in „Die Presse“ vom 28. April 2016 denn auch wie folgt dazu Stellung genommen:

Verantwortungsethik ist in der Tat ein schlecht gewähltes Wort. Denn wer sein Denken, Reden und Handeln danach ausrichtet, was dem zugleich liberal wie auch rechtssicher verfassten Staat und seinen Bürgern auf lange Sicht nützt, hat nicht das Gute, bloß das Zweckmäßige im Sinn. Nicht Ethik, sondern Pragmatik ist seine Richtschnur. So erwägt er kühl, wie viel Zuwanderung ein Staat auf lange Sicht verkraften kann, welche Investitionen erfolgen müssen, damit die Aufgenommenen innerhalb weniger Jahre vollwertig in die bestehende Gesellschaft eingegliedert werden, und ob sich in absehbarer Zeit durch deren Beitrag am Bruttonationalprodukt diese Investitionen in einen Gewinn für alle verwandeln. Nicht von moralisch Gutem ist hier die Rede, sondern von gesellschaftlich Nützlichem. Zugegeben, dies sind kalte Rechnungen. Aber schon Nietzsche wusste: „Wer denken will, muss gut frieren können.“ Guter Geist sei trocken, sagt Paul Valéry.

Ein solches Denken sei menschenverachtend (der heutzutage trendigste Begriff, um sein Gegenüber vor dem Publikum bühnenreif schachmatt setzen zu können, ohne auch nur ein einziges Argument formulieren zu müssen), kontern die Utopisten. Auch das Wort Gesinnungsethik, zu der sie sich bekennen, ist nicht treffend gewählt. Denn das Gute, auf das sich die Gesinnungsethiker berufen, ist ihnen bloß Mittel zum Zweck der Vernichtung derer, die ihnen nicht zu folgen bereit sind. Savonarola ist zum Beispiel ein Gesinnungsethiker, aber auch Stasi-Minister Erich Mielke, dessen Wort „Ich liebe euch alle!“ aus tiefst erschüttertem Herzen gerufen wurde.

Politische Moral

Wer als Berufspolitiker tätig ist und etwas bewirken will, wer also seine Existenz auf die Politik gründet und von Wahlergebnissen abhängig ist, der braucht Wahlerfolge. Angesichts der leider nicht zu leugnenden Tatsache, dass Wahlen *durch das Aufbereiten von Stimmungen* (Gugerbauer) gewonnen werden, muss sich der Berufspolitiker eine Moral zurechtlegen, die ihm das

Emotionalisieren und den großzügigen Umgang mit der Wahrheit erlaubt. Je beiläufiger ihm das von der Hand geht, umso besser wird er sich positionieren.

In Folge ist es prinzipiell unglaubwürdig, wenn sich die Angehörigen der politischen Klasse gegenseitig der Unmoral bezichtigen, und wenn sie es tun, dann ist davon auszugehen, dass sie damit nur emotionalisieren wollen, dass es ihnen also nicht wirklich um Moral geht. Ein moralisierender Politiker ist daher in der Regel ein Heuchler, möglicherweise aber auch ein Naiver, dessen politisches Scheitern absehbar ist.

Der mündige Wähler beurteilt Politiker hingegen nach rein sachlichen Kriterien, z. B. nach Kompetenz und Durchsetzungsvermögen, und danach, was bei ihrer politischen Arbeit letztlich herausgekommen ist. Nicht „gut“ und „böse“ sind die Kriterien, nach denen politisches Handeln zu beurteilen ist, sondern „richtig“ oder „falsch“.

Naturgemäß können nur Regierungspolitiker einem dermaßen fundierten Urteil unterzogen werden, während man bei Oppositionspolitikern auf Mutmaßungen angewiesen ist. Umso wichtiger erscheint es, bei diesen zu hinterfragen, ob ihre Kritik berechtigt ist und ihre Versprechungen auch erfüllbar sind. Die Stunde der Wahrheit kommt dann, wenn der Oppositionspolitiker Regierungsverantwortung übernimmt, und er ist daher gut beraten, bei den Versprechungen nicht unmäßig zu sein. Nur wer sich dem Regieren aus mangelnder Konsensfähigkeit oder aus Angst vor der Blamage verweigert, der kann ohne jede Einschränkung dem Populismus frönen.

In einem im „profil“ Nr. 44/06 abgedruckten Interview hat der Politikwissenschaftler Univ.-Prof. Dr. Anton Pelinka zum gegenständlichen Thema eine Meinung vertreten, die meinen hier wiedergegebenen Thesen sehr nahe kommt.

profil: Was macht für Sie einen guten Politiker aus? Pelinka: Ein guter Politiker in einer Demokratie muss Wahlen gewinnen können, sonst nützt ihm alles andere nichts. Und er muss die Balance halten zwischen Populismus und inhaltlicher Orientierung. Ein Diktator kann es sich leisten, nur von Idealen getrieben zu sein. Dass das schrecklich endet, sollte uns auch vorsichtig machen, wenn wir vom ehrlichen Politiker schwärmen. Ein demokratischer Politiker muss immer überlegen, wieviel Wahrheit ist der Gesellschaft zumutbar.

profil: Ist das ein Plädoyer für die Lüge? Pelinka: Die Frage Lüge oder Wahrheit ist eine Sache der Individualmoral und gehört in den Beichtstuhl. In der Politik ist die Wahrheit nicht wirklich entscheidend. Dass Wolfgang Schüssel 1999 gesagt hat, er geht als Dritter in die Opposition, war eine Ankündigung, die er nicht eingehalten hat, aber keine Lüge.